

Liebe Fürtherinnen und Fürther,

Liebe Mitkämpfende um eine sozialere Wohnungspolitik,

Der Fürther Oberbürgermeister Thomas Jung hat zuletzt behauptet in Fürth gäbe es kein Wohnraumproblem. Gleichzeitig hat die Stadtspitze in den letzten zwei Jahren immer wieder ihr minimales Engagement im sozialen Wohnungsbau in der Lokalpresse beworben. Dabei fällt natürlich kein Wort über die stetige Reduzierung des Bestandes an Sozialwohnungen in Fürth, die jahrelangen Wartezeiten oder auch die Geschäftemacherei privater Träger der Sozialwohnungsbau-Projekte.

Auch wenn die Mietpreissteigerung und die Verdrängung von Geringverdienenden aus Innenstadt-Wohnlagen durch Statistiken eindeutig nachweisbar sind: wohl kaum eine oder einer braucht diese als Beleg. Denn wer den Mangel an bezahlbarem, familienfreundlichen, zumutbarem oder altersgerechten Wohnungen noch nicht selbst erfahren hat, der kennt zumindest andere die monatelang nach der passenden Unterkunft gesucht haben.

Denn anders als von den bürgerlichen Parteien propagiert, reguliert sich der (Wohnungs-)Markt durch Angebot und Nachfrage eben nicht selbst. Zumindest nicht in einer Weise die das Grundrecht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle gewährleistet. Auf dem Wohnungsmarkt geht es im Kapitalismus in erster Linie um Profite. Die Bedürfnisse der Menschen nach einer passenden, gesunden, menschenfreundlichen Wohnung sind dem untergeordnet. Der Anteil der Miete an den Lebenshaltungskosten ist in vielen Kommunen dadurch mittlerweile so hoch, dass Miete zahlen tatsächlich viele Menschen arm macht. Private Wohngesellschaften wie Vonovia, Deutsche Wohnen, LEG usw. werden beim Vermieten in Berlin, Stuttgart oder Hamburg dafür immer reicher. Und steigen die Mieten in Fürth weiter, werden sie auch hier schon bald auftauchen. In jedem Fall sind daher Initiativen von MieterInnen der richtige Schritt um die Interessen der Bevölkerungsmehrheit gegen Mietenwahnsinn und für akzeptable Wohnverhältnisse durchzusetzen. Allein dadurch lassen sich die kapitalistischen Prinzipien von Profit und Konkurrenz – die auch für das Vermieten gelten – jedoch nicht aushebeln. Wohnraum als Ware bedeutet letztlich: Staatliche Eingriffe, die im besten Fall das Grundrecht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle gewährleisten würden, werden immer an eine Grenze stoßen. Wenn sie nicht aufgrund der Machtverhältnisse schon ein gutes Stück vor dieser Grenze enden. Wohnungen und Grundstücke, die in staatlichem Besitz sind und über die zumindest theoretisch die Allgemeinheit verfügen kann, werden immer weniger. Stück für Stück wurden in den letzten Jahrzehnten immer mehr Immobilien und Grundstücke privatisiert. Sie stehen also explizit für die Kapitalverwertung und nicht mehr zur Befriedigung der allgemeinen Interessen zur Verfügung.

Dennoch ist die Lage in Fürth natürlich noch besser als anderswo in deutschen Großstädten.

Doch muss Fürth unter die Top-Ten der teuersten Städte Deutschland kommen, damit auch kommunalpolitisch gehandelt wird? Und was können sinnvolle Schritte sein?

Anders als gängige Klischees behaupten, sehen wir als Kommunistinnen und Kommunisten die Perspektive nicht in der Enteignung der kleinen Häuslasbauer. Das Wohnen jedes und jeder einzelnen muss jedoch unabhängig von Profitinteressen möglich werden. Immobilienunternehmen sind zu enteignen, Grund und Boden weitgehend wieder zu vergesellschaften. Während es keinen Grund gibt, für diejenigen die sich ein Haus erarbeitet haben, einen Garten oder ein Stück Land besitzen etwas zu ändern, gehören Spekulationen und das Handeln mit Grundstücken und Wohnraum auf den Müllhaufen der Geschichte. Grund und Boden, sowie Wohnraum sind nicht als Waren zu betrachten, sondern als Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Allgemeinheit! Kommunalpolitisch gibt es zahlreiche Möglichkeiten und auch dringende Notwendigkeiten zumindest die ersten Schritte zu tun – über linke Parteien im Stadtrat, aber auch spürbaren gesellschaftlichen Druck.

Unsere kommunalpolitischen Forderungen sind daher:

- Regulierung durch festgesetzte niedrige Quadratmeterpreise für Mietwohnungen.
- Keine weitere Privatisierung kommunaler Wohnungen und keine weitere Veräußerung städtischer Grundstücke.
- Förderung von Genossenschaftswohnungen.
- Eine aktive Wohnungsbaupolitik der Stadt, inkl. dem Rückkauf von Wohnungen, der Sanierung unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten, der Schaffung ausreichend vieler Sozialwohnungen.
- Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau.

Ja, ein Teil dieser Forderungen wird Geld kosten. Geld das angeblich nirgends vorhanden ist. Doch wenn es um ein Ludwig-Erhardt-Zentrum geht, in dem eine private Stiftung Klassenkampf von oben betreibt und wenn es um Prestigeprojekte wie die neue Nürnberger Uni geht, dann ist Geld kein Thema. Wenn es um Militärforschung geht, um die Aufstockung der Militärausgaben, darum, dass Deutschland „endlich wieder etwas gilt in der Welt“, dann ist Geld in Massen da.

Dieses Geld wird dringend gebraucht um den kommunalen Wohnungsbau wieder in öffentliche Hand zu bringen. Nur das kann eine Wohnungspolitik nach den Bedürfnissen der Menschen tatsächlich sicherstellen.

Da her sagen wir Kommunistinnen und Kommunisten von der DKP:

Wohnungen statt Panzer!